

Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Vorsitzender
Perleberger Straße 22
19063 Schwerin

Schwerin, den 28. Juni 2024

Umsetzung der Beschlüsse des 12. Altenparlaments Mecklenburg-Vorpommern

Sehr geehrter Herr Rosenheinrich,

folgend übersenden wir Ihnen unsere Einschätzung zur Umsetzung der Leitanträge des 12. Altenparlaments Mecklenburg-Vorpommern (siehe Anlage).

Die Verzögerung bei der Beantwortung bitten wir nochmals zu entschuldigen.

Für die weitere Vorbereitung des 13. Altenparlamentes am 21. November 2024 wünschen wir Ihnen viel Erfolg!

Mit freundlichen Grüßen,

gez. Rösler

Jeannine Rösler, MdL
Fraktionsvorsitzende

gez. Schmidt

Elke-Annette Schmidt, MdL
seniorenpolitische Sprecherin

Fraktion DIE LINKE. im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Umsetzung der Beschlüsse des 12. Altenparlaments Mecklenburg-Vorpommern

Beschluss „Ausbau und Erhalt einer flächendeckenden, bedarfsorientierten und ausgewogenen Beratungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern“

„Der Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, im Rahmen ihrer finanziellen Verantwortung und Möglichkeiten auf eine flächendeckende, bedarfsorientierte und ausgewogene soziale Beratungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern hinzuwirken.“

Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass Seniorinnen und Senioren möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dazu gehört auch eine flächendeckende, bedarfsorientierte und ausgewogene soziale Beratungslandschaft. Diese wird zum Beispiel im Rahmen des Wohlfahrtsfinanzierungs- und Transparenzgesetzes auch weiterhin unterstützt und die Förderung in den Jahren 2024/2025 um fast eine halbe Million Euro auf 6 Millionen Euro angehoben.

Darüber hinaus fördert das Land die Pflegesozialplanung und Gutachten zur Pflegesozialplanung, die Erarbeitung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte, die Gesundheitsprävention und die Suchtberatung sowie verschiedene Formen der Gesundheitsberatung, die Verbraucherzentrale mit ihren Beratungsangeboten, die Pflegestützpunkte mit ihrem erweiterten Angebot der Wohnberatung und den Landessenorenbeirat, dessen Förderung 2024 angehoben wurde und 2025 nochmals angehoben wird.

Beschluss „Förderung der Medienkompetenz Analoges Leben in digitalen Zeiten“

Die Landesregierung fördert die Medienkompetenz älterer Menschen durch verschiedene Programme. Eines der herausragenden Projekte ist das Silver Surfer-Programm, bei dem ältere Menschen ehrenamtlich anderen Senior:innen bei der Nutzung von Smartphones und Tablets helfen. Die SilverSurfer erhalten intensive Schulungen und sind somit gut vorbereitet, um Fragen zu beantworten und praktische Unterstützung zu leisten. Die Schulungen umfassen Themen wie Betriebssysteme, soziale Medien, Cybercrime und Datenschutz.

Seit 2019 förderte die Landesregierung das Projekt der „Silver Surfer“ an zwei Standorten in Mecklenburg-Vorpommern. Aktuell sind mindestens 60 „Silver Surfer“ aktiv, die ältere Menschen bei der Nutzung digitaler Medien unterstützen. Die Ausbildung zum Silver Surfer als Multiplikatoren zur Stärkung der Medienkompetenz von Senior:innen wird durch die der Bürgerstiftung Vorpommern gefördert.

Dieses Programm hilft dabei, die digitale Kluft zwischen den Generationen zu verringern. Indem ältere Menschen ermutigt und befähigt werden, digitale Technologien zu nutzen, können sie aktiver am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und ihre

Kommunikationsmöglichkeiten erweitern. Die ehrenamtliche Unterstützung macht dieses Programm besonders wertvoll, da es auf Peer-Learning, eine Form des kooperativen Lernens und gegenseitige Hilfe setzt.

DigitalPakt Alter

Am 5. Dezember 2023 trat Mecklenburg-Vorpommern dem DigitalPakt Alter bei. Dieses Bündnis, initiiert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen, zielt darauf ab, die digitalen Kompetenzen und die Teilhabe älterer Menschen zu stärken. Der DigitalPakt Alter fördert lebensnahe Lern- und Beratungsangebote vor Ort und macht erfolgreiche Projekte sichtbar.

Der Beitritt zum DigitalPakt Alter ist ein klares Bekenntnis zur Förderung der digitalen Inklusion älterer Menschen. Diese Initiative hilft, Vorbehalte gegenüber neuen Technologien abzubauen und die Teilhabe älterer Menschen an der digitalen Welt zu unterstützen. Dies ist besonders wichtig, da die Digitalisierung in allen Lebensbereichen zunimmt und ohne entsprechende Kompetenzen die Gefahr der sozialen Isolation steigt.

Die Förderung digitaler Kompetenzen und der Ausbau der digitalen Infrastruktur sind Punkte, die bisher nicht ausreichend adressiert wurden. Um die Ungleichheit der Bildungschancen im Alter abzubauen, sollten Digitalzentren in ländlichen und städtischen Gebieten eingerichtet werden, die spezielle Schulungen und Unterstützung für Senior:innen anbieten. Ein beschleunigter Ausbau von Breitband-Internetverbindungen, besonders in ländlichen Regionen, ist notwendig und erfolgt seit geraumer Zeit, um die technische Basis für digitales Lernen zu schaffen. Zusätzlich könnten mobile Schulungsteams eingesetzt werden, die vor Ort Schulungen in digitaler Kompetenz anbieten.

Beschluss „Für eine Lebenswerte Zukunft für Jung und Alt“

- 1. Die Integration von Klimafragen muss in allen Aufgabengebieten und die Zusammenarbeit zwischen Ministerien gefördert werden, um mit hoher Priorität Strategien für eine drastische Verringerung der Emissionen zu erarbeiten. In jedem Ministerium muss es einen Sonderbeauftragten für Klimaschutz geben. In der Staatskanzlei ist dies durch einen Beauftragten zu koordinieren, um ein abgestimmtes einheitliches Agieren zu sichern.*

Antwort: „Klimafragen“ sind integraler Bestandteil der Arbeit und die Klammer der Geschäftsordnung der Landesregierung. Alle Gesetzgebungsvorhaben sowie bestehende Gesetze, die gesamte Verwaltungsarbeit inkl. aller Beschaffungs- und Bauvorhaben müssen einem sogenannten Klima-Check unterzogen werden, um die Auswirkung der Beschlüsse, Vorhaben und der Verwaltungsarbeit auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz immer mit zu berücksichtigen. Insoweit braucht es keinen zusätzlichen Sonderbeauftragten für Klimaschutz.

Die regierungstragenden Fraktionen haben in ihrer Koalitionsvereinbarung

beschlossen, das MV bis spätestens 2040 klimaneutral wird. Das bedeutet, dass wir eine drastische Reduzierung der klimaschädlichen Emissionen vornehmen und dort, wo diese nicht auf null gesetzt werden können, wird zum Beispiel durch Neuaufforstung, Wiedervernässung, moorschonende Stauhaltung, Abspaltung und Nutzung von CO₂ und starken Ausbau des Wasserstoffsektors, ein Ausgleich geschaffen.

In der Präambel der Koalitionsvereinbarung heißt es dazu: „Wir wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern ein lebens- und liebenswertes Land bleibt. Unser Land zeichnet sich durch eine intakte Natur aus. Dieses Erbe wollen wir bewahren und aus Verantwortung gegenüber kommenden Generationen unsere Anstrengungen für den Natur und Klimaschutz im Dialog mit den Einwohnerinnen und Einwohnern weiter verstärken. Die Koalitionspartner verständigen sich auf Nachhaltigkeit als grundlegendes Prinzip gesellschaftlicher Entwicklungen im Land. Der Klimaschutz bedeutet für uns einen grundlegenden und nachhaltigen Wandel der Produktions- und Lebensweise. Dabei ist uns wichtig, dass der Klimaschutz so gestaltet wird, dass er nicht nur für einige wenige, sondern für alle finanzierbar ist und zudem eine allzeit sichere Energieversorgung bietet.“

Dies setzen DIE LINKE und unsere Partnerin SPD um. Wir haben den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt, mehr als 3 Mio. Bäume neu gepflanzt, den Moorschutz erheblich verstärkt, den Ausbau grüner Gewerbegebiete ermöglicht und gefördert, unterstützen zusammen mit dem Bund die Kommunen bei ihren Hitzeschutzplanungen, entwickeln bis Ende 2024 ein Klimaschutzgesetz, das alle Bereiche des Lebens und der Verwaltung umfasst sowie Ziele für alle Sektoren vorgibt – und dies in einem breiten Beteiligungsprozess mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landes. Rot-Rot investiert so viel wie noch nie in den öffentlichen Personennahverkehr. Wir haben das Senioren- und das Azubiticket eingeführt und rollen derzeit ein landesweites Rufbussystem aus. Bei all dem berücksichtigen wir selbstverständlich die Empfehlungen des „Zukunftsrates MV“ für alle Zukunftsfelder.

2. *Die Einberufung eines Klima-Sachverständigenrates in M-V, ähnlich wie der Expertenrat im Bund. Bürgerbeteiligung muss im Mittelpunkt der Entscheidungsfindung stehen.*

Antwort: In der vergangenen Legislaturperiode hatte die Landesregierung einen Klima-Sachverständigenrat mit dem „Zukunftsrat MV“ einberufen, der der Landesregierung und dem Landesparlament umfangreiche Empfehlungen für ein nachhaltiges und klimabewusstes Leben an die Hand gegeben hat. Nach diesen Empfehlungen richtet Rot-Rot in M-V ihr Handeln aus. Insoweit beabsichtigen wir nicht, in dieser Legislaturperiode erneut einen Klima- und Sachverständigenrat einzuberufen.

Für uns steht die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt zukunftsweisender Entscheidungen. Bestes Beispiel ist die Erarbeitung des Klimaschutzgesetzes MV, welches unter einer noch nie dagewesenen breiten Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger durchgeführt wurde. In allen Regionen

des Landes fanden dazu Workshops und öffentliche Foren statt.

- 3. Die verstärkte Berücksichtigung der Auswirkungen auf den Klimawandel bei Entscheidungen in Politik und Verwaltung. Gezielte Sensibilisierung von Politik und Verwaltung für den Klimawandel, unter besonderer Beachtung der Erzeugung und Verwendung von grünem Wasserstoff und dem Einsatz der Brennstoffzellentechnik und der Entwicklung synthetischer Kraftstoffe.*

Antwort: Politik und Landesverwaltung berücksichtigen die Auswirkungen des Klimawandels bei all ihren Entscheidungen (siehe auch Antwort zu 1.). Einer gesonderten Sensibilisierung dafür braucht es gar nicht, weil Rot-Rot ihr gesamtes Handeln dem Klimaschutz und der Nachhaltigkeit für Alt und Jung unterordnet.

Zum Beispiel wurden alle Agrarförderprogramme insbesondere auf den Klimaschutz, Schutz und Verbesserung der Biodiversität, Natur- und Umweltschutz, Moorschutz und Förderung der biologischen Landwirtschaft ausgerichtet.

Gemeinsam mit der SPD haben wir vereinbart, MV zu einem der führenden Standorte für klimaneutrales Wirtschaften zu entwickeln, indem wir „Grüne Gewerbegebiete“ ausweisen und neu schaffen. In MV wird weit mehr Erneuerbare Energie erzeugt als verbraucht. Statt überschüssige Energie abzuleiten oder Anlagen wegen Netzüberlastung abschalten zu müssen, wollen wir diese Energie umwandeln, speichern und für die wirtschaftliche Entwicklung im eigenen Land nutzen. Wir befördern den Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft. MV ist Teil des Bundes-Wasserstoff-Kernnetzes und macht sich für eine zusätzliche West-Ost-Pipeline stark. Für das Kernnetz werden Gasleitungen auf Wasserstoff umgerüstet bzw. das Pipelinennetz ergänzt. Fünf große Wasserstoffprojekte (IPCEI-Projekte) zum Bau von Elektrolyseuren bzw. zum Wasserstoff-Transport in MV wurden bereits durch die EU-Kommission genehmigt und werden von Bund und Land massiv gefördert. Viele kleine Ansiedlungen von Wasserstoff-Startups werden gezielt gefördert, unter anderem auch zur Entwicklung alternativer Kraftstoffe aus der CO₂-Abspaltung und -Umwandlung. Auch hat sich DIE LINKE immer für die Ansiedlung des Unternehmens Smulders in Rostock eingesetzt, und das erfolgreich. All dies passiert, ist offen, transparent und abrechenbar. Wir Linken setzen uns seit vielen Jahren für eine sozial gerechte Energiewende ein, eine solidarische Wälzung der Netzausbaukosten, niedrige Stromkosten und messbare Vorteile gerade im Umfeld von Wind- und Solarparks. Der zügige Ausbau der Erneuerbaren macht uns unabhängig von Importen, sorgt auf Dauer für bezahlbare Energie, braucht aber die Akzeptanz der Menschen.

Dem Einsatz der Brennstoffzellentechnik stellen wir uns nicht entgegen. Dieser Bereich wird allerdings nicht gezielt gefördert und bisher gab es auch keine Anträge auf Förderung. Zudem hat der Einsatz von Brennstoffzellentechnik einen geringen Wirkungsgrad. Andere Techniken, zum Beispiel der direkte Einsatz von elektrischer Energie, sind wesentlich wirkungsvoller.

- 4. Aufgrund der spürbaren Folgen für die Gesundheit durch die Auswirkungen des Klimawandels sind für die Gesundheitsversorgung der Menschen, insbesondere der*

älteren Generation, dringend notwendige Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Kommunen zu initiieren. Hitzeberatungstelefone, Hitzepläne, Informationen und Kampagnen zum Verhalten in extremen Witterungslagen sind zu organisieren.

Antwort: Das Land hat 2024 eine Klimaschutzförderrichtlinie für die Kommunen erlassen. Damit können Machbarkeitsstudien, Vorplanungsstudien und Vorbereitungen der Kommunen für Klimaschutzmaßnahmen und die Auswirkungen des Klimawandels gefördert werden.

Darüber hinaus hat das Sozial- und Gesundheitsministerium M-V Anfang Juni dieses Jahres angekündigt, einen Landeshitzeschutzplan zu erarbeiten. Dieser soll Präventionsmaßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen und einzelne Einrichtungen bündeln. Im Zuge des Erstellungsprozesses des Hitzeschutzplans für M-V arbeitet das Ministerium mit den kommunalen Gesundheitsämtern sowie den Landkreisen zusammen. Die Landesregierung hat zudem bereits in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe diverse „Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit“ mit erarbeitet, die seit 2012 regelmäßig fortgeschrieben und über das Bundesumweltministerium veröffentlicht werden.

Die Städtebauförderung wurde ergänzt und legt den Fokus auf eine nachhaltige Erneuerung und Klimaanpassung. Insbesondere größere Städte M-Vs bereiten sich auf dieser Grundlage auf eine zunehmende Hitze in den Kommunen vor, wie der NDR kürzlich berichtete.

So hat sich Schwerin eine „klimagerechte Stadtentwicklung“ vorgenommen. Dafür gibt es ein integriertes Klimaschutzkonzept aus dem Jahr 2012 und ein Klimaanpassungskonzept. An einem Hitzeschutzplan für die Landeshauptstadt wird noch gearbeitet. Dabei soll es unter anderem darum gehen, wie die Hitzebelastung in Gebäuden reduziert werden kann.

In Rostock sollen gezielte Hitzeschutz-Maßnahmen in eine Strategie zur Klimaanpassung eingefügt werden, die gerade weiterentwickelt wird. Einen gesonderten Hitzeaktionsplan gibt es jedoch nicht. Konkret geplant sind zu „Klimaoasen“ umgestaltete grüne Plätze, die das Mikroklima verbessern. In der Innenstadt sollen zudem in diesem Jahr zwei öffentliche Trinkwasser-Brunnen aufgestellt werden, weitere Brunnen sollen später in anderen Stadtteilen folgen.

Greifswald wolle zunächst keinen gesonderten Hitzeaktionsplan erstellen, sondern das Thema Hitzeschutz beim Konzept zur Klimafolgenanpassung berücksichtigen und dort auch die Gefährdung abschätzen. Bei allen Baumaßnahmen, Bebauungsplänen und Quartierskonzepten werde das Thema Hitze aber schon jetzt berücksichtigt, beispielsweise mit der Beachtung von Frischluftschneisen und der Förderung von Gründächern.

Neubrandenburg hat (noch) keinen eigenen Hitzeaktionsplan. Allerdings wird an einem Gesamtkonzept Klimaanpassung gearbeitet. Einige Ziele sind der Ausbau zu einer Schwammstadt, um Wasser zu halten, der Anbau von Hitzestress-resistenten Pflanzen, die Schaffung von offenen Wasserflächen sowie Dach- und

Fassadenbegrünung. Der Rathausvorplatz etwa werde entsiegelt und neu begrünt. Es wurde zudem analysiert, wo unter extrem heißen Bedingungen Hitzespots entstehen und wie sie künftig verhindert werden können.

5. *Die Finanzierung von Projekten unter dem Titel „Klimabewusst aktiv. Verbraucher Jung und Alt als Klima-Botschafter in M-V.“ Im Mittelpunkt sollen hier Menschen stehen, die zu ehrenamtlichen Klimabotschaftern aus- und weitergebildet werden. In einem Schulungsprogramm erwerben sie Fachwissen zum Thema Klimaschutz und Vortragskompetenz und können danach mit Vorträgen und örtlichen Aktionen aktiv werden, ähnlich wie die Kurse der VHS in Rostock, Bad Doberan, Stralsund und Greifswald es schon kostenlos anbieten. Über diese Klimabotschafter soll mehr Reichweite für die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen des Klimaschutzes erreicht und das ehrenamtliche Engagement gestärkt werden. Darüber hinaus sind in unseren Schulen entsprechende Lehrprogramme zu entwickeln.*

Antwort: Die Anregung des 12. Altenparlaments zur Aus- und Weiterbildung ehrenamtlicher Klimabotschafter:innen ist ein guter Impuls, dieses wichtige Thema zu befördern. An den Volkshochschulen in Rostock, Bad Doberan, Stralsund und Greifswald wurden in der Vergangenheit bereits entsprechende Kurse angeboten. Ggf. wäre dies ein weiteres Betätigungsfeld auch für Seniorinnen und Senioren.

Darüber hinaus ist in den Rahmenplänen für Sachunterricht und Biologie in den Schulen Mecklenburg-Vorpommerns das Thema Klimaschutz im Unterricht präsent. Diese Programme sensibilisieren junge Menschen bereits früh für die Thematik und vermitteln ihnen das notwendige Wissen, um sich aktiv für den Klimaschutz einzusetzen.

6. *Der Einsatz für die Vernetzung bestehender Klimabotschafter-Projekte im Bundesrat.*

Antwort: Eine gesonderte Bundesratsinitiative für deren Vernetzung ist der falsche Weg. Eine solche Initiative muss von den Projekten selbst kommen und sollte nicht staatlich „verordnet“ werden.

7. *Die Verbesserung des Informationsflusses über den Stand der Klimaschutz- und Klimaanpassungsaktivitäten von Politik an die Öffentlichkeit. Wir fordern Transparenz und Ehrlichkeit.*

Antwort: Rot-Rot hat mit der vorliegenden Koalitionsvereinbarung klar und offen kommuniziert, wie wir uns die zukünftige Entwicklung unseres Bundeslandes vorstellen. Bis 2040 als Bundesland klimaneutral zu werden, ist eine gewaltige Herausforderung. Alle bedeutenden Vorhaben werden unter Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit vorbereitet und organisiert. Dies gilt insbesondere für die Maßnahmen zum Klimaschutz und der Klimaanpassung. Alle Ergebnisse oder Gesetzesanpassungen werden veröffentlicht. Rot-Rot bemüht sich, die Informationsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit weiter zu verbessern und verstärkt das veränderte Mediennutzungsverhalten der Menschen in unserem Land zu berücksichtigen.

Resolution

Bildung im Alter – für alle ermöglichen

Um die Bildungsbedarfe und das Lernverhalten älterer Menschen besser zu verstehen, werden regelmäßige Studien durchgeführt. Die Hochschule Neubrandenburg wurde mit der wissenschaftlichen Erhebung und Evaluation bestehender Lernformate beauftragt. Die Maßnahmen, die Mecklenburg-Vorpommern zur Förderung der Bildung und sozialen Integration älterer Menschen ergriffen hat, sind umfassend und gut durchdacht. Sie decken verschiedene Aspekte des Lebens ab, von der Gesundheitsförderung und Prävention über die Stärkung der digitalen Kompetenzen bis hin zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Besonders hervorzuheben ist die interdisziplinäre Zusammenarbeit und die Einbindung verschiedener Akteure, was die Nachhaltigkeit und Effektivität der Maßnahmen erhöht. Diese umfassende Strategie zeigt ein tiefes Verständnis für die Bedürfnisse und Potenziale älterer Menschen und trägt maßgeblich zur Verbesserung ihrer Lebensqualität bei.

Seniortrainer:innen und Seniorakademien

Seit 2002 wurden in Mecklenburg-Vorpommern mehr als 800 Seniortrainer ausgebildet, die sich in verschiedenen Bereichen engagieren. Diese Trainer unterstützen bürgerschaftliches Engagement durch ihre beratende und netzwerkbildende Tätigkeit. Außerdem gibt es mehrere Seniorakademien, die Weiterbildungsmöglichkeiten für ältere Menschen bieten. Diese Akademien bieten Kurse und Vorträge in verschiedenen Bereichen, wie Literatur, Kultur, Geschichte, Gedächtnistraining und Sprachkurse. Die Aus- und Fortbildung sowie fachliche Begleitung von Seniortrainer:innen dient dazu, als Multiplikatoren vor Ort bürgerschaftliches Engagement durch beratende und netzwerkbildende Tätigkeit zu aktivieren. Die angehenden Seniortrainer:innen werden während ihrer Ausbildung von Seniortrainer-Agenturen betreut. Für diese Projekte stellt das Land 116 400 Euro für das Jahr 2024 und 116 400 Euro für das Jahr 2025 zur Verfügung.

Um die wissenschaftliche und kulturelle Bildung zu fördern, wurden Initiativen wie das Juniorstudium und die Seniorenakademien ins Leben gerufen. Diese Programme bieten Senior:innen die Möglichkeit, als Gasthörer an Hochschulkursen teilzunehmen und sich weiterzubilden. Das Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten unterstützt zudem die Intensivierung der Wissenschaftskommunikation, um die Öffentlichkeit über die Arbeit der Hochschulen zu informieren und einzubeziehen. Für diese Maßnahmen sind im Haushaltsplan 2024/2025 insgesamt 232.800 Euro vorgesehen.

Diese Initiativen ermöglichen es älteren Menschen, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten weiterzuentwickeln und gleichzeitig ihr soziales Netzwerk zu erweitern. Dies trägt erheblich zur Steigerung der Lebensqualität und zur Prävention von Isolation bei.

Das 12. Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern hat in seiner Resolution vom 20. Oktober 2022 mehrere Forderungen und Ziele formuliert, um die Bildung im Alter zu fördern und zu verbessern. Für die vollständige Umsetzung der Beschlüsse sind weitere Maßnahmen erforderlich.

Eine der Hauptforderungen der Resolution ist die Entwicklung und Umsetzung einer umfassenden Bildungsstrategie für das Alter in Mecklenburg-Vorpommern. Diese Strategie sollte regelmäßig aktualisiert und weiterentwickelt werden, wobei die älteren Menschen selbst in den Prozess einbezogen werden können.

Um dies zu erreichen, sollte zunächst eine Arbeitsgruppe gegründet werden, die aus Vertreter:innen der Landesregierung, Kommunen, Seniorenorganisationen und Bildungsinstitutionen besteht.

Zudem sollten regelmäßige Konsultationen und Workshops mit älteren Bürger:innen organisiert werden, um ihre Bedürfnisse und Vorschläge zu berücksichtigen. Ein Evaluationsmechanismus kann implementiert werden, um die Fortschritte der Strategie kontinuierlich zu überprüfen und notwendige Anpassungen vorzunehmen.

Ein weiterer Beschlussteil betrifft die Schaffung von Bildungsangeboten für Ältere, die der Vielfalt der älteren Bevölkerung gerecht werden und kostenfrei oder kostengünstig sein sollten. Hierfür ist es notwendig, finanzielle Mittel zur Subventionierung von Bildungsangeboten bereitzustellen. Eine Kooperation mit Universitäten, Volkshochschulen und anderen Bildungseinrichtungen könnte helfen, spezifische Kurse für Senior:innen anzubieten. Um die Zielgruppe zu erreichen, sollten umfassende Informationskampagnen durchgeführt werden, die ältere Menschen über die verfügbaren Bildungsangebote informieren und sie motivieren, diese zu nutzen.

Die Förderung digitaler Kompetenzen und der Ausbau der digitalen Infrastruktur sind weitere zentrale Punkte, die bisher nicht ausreichend adressiert wurden. Um die Ungleichheit der Bildungschancen im Alter abzubauen, sollten Digitalzentren in ländlichen und städtischen Gebieten eingerichtet werden, die spezielle Schulungen und Unterstützung für Senior:innen anbieten. Ein beschleunigter Ausbau von Breitband-Internetverbindungen, besonders in ländlichen Regionen, ist notwendig, um die technische Basis für digitales Lernen zu schaffen. Zusätzlich könnten mobile Schulungsteams eingesetzt werden, die vor Ort Schulungen in digitaler Kompetenz anbieten.

Ein weiteres Ziel der Resolution ist die Entwicklung leicht zugänglicher Bildungsangebote für Menschen mit geringer formaler Bildung, gesundheitlichen Einschränkungen, Behinderungen und Pflegebedarf.

Um dies zu erreichen, sollten barrierefreie Bildungsangebote entwickelt werden, die auf die speziellen Bedürfnisse dieser Gruppen zugeschnitten sind. Die Zusammenarbeit mit Pflegeeinrichtungen könnte helfen, vor Ort Bildungsprogramme anzubieten. Der Einsatz von Assistenztechnologien ist ebenfalls notwendig, um den Zugang zu Bildungsangeboten für Menschen mit besonderen Bedürfnissen zu erleichtern.

Die Schaffung von Bildungsnetzwerken und die Förderung sozialer Netzwerke ist ein wichtiger Bereich, der weiter ausgebaut werden muss. Kommunen sollten in die Lage versetzt werden, vor Ort oder regional Bildungsnetzwerke zu schaffen, die das Thema Bildung im Alter umfassen. Hierfür könnten kommunale Bildungskoordinatoren ernannt werden, die für den Aufbau und die Pflege dieser Netzwerke verantwortlich sind.

Förderprogramme, die speziell die Gründung und den Erhalt von Selbstorganisationen unterstützen, sollten aufgelegt werden. Regelmäßige Netzwerktreffen für alle Akteure könnten den Austausch und die Zusammenarbeit fördern und somit die Effektivität der Netzwerke erhöhen.

Die Stärkung des Berufsfeldes Geragogik und der Ausbau geragogischer Lerninhalte in Studiengängen wie Gerontologie, Sozialer Arbeit oder Erziehungswissenschaften sind weitere Maßnahmen, die ergriffen werden sollten. Durch die Einführung und den Ausbau von geragogischen Inhalten in relevanten Studiengängen an Hochschulen können qualifizierte Lernbegleiter ausgebildet werden. Zudem sollten spezielle Weiterbildungsangebote für bereits tätige Fachkräfte im Bereich der Altenbildung geschaffen werden.

Um die Bildungsangebote für ältere Menschen bekannter und zugänglicher zu machen, sollten niedrigschwellige Maßnahmen zur Bekanntmachung dieser Angebote ergriffen werden. Eine zentrale Online-Plattform, die alle Bildungsangebote für Senior:innen bündelt und leicht zugänglich macht, könnte hierbei hilfreich sein. Gezielte Werbekampagnen über lokale Medien, Flyer und Infoveranstaltungen könnten ältere Menschen über die verfügbaren Angebote informieren und deren Nutzung fördern. Die Zusammenarbeit mit lokalen Bibliotheken, Seniorenclubs und Gemeinschaftszentren könnte ebenfalls dazu beitragen, Informationen zu verbreiten und den Zugang zu erleichtern.

Eine kontinuierliche Evaluierung und Anpassung der Maßnahmen ist notwendig, um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse und Interessen der älteren Bevölkerung angemessen berücksichtigt werden. Durch gezielte Maßnahmen und eine starke Zusammenarbeit kann die Bildung und soziale Integration im Alter deutlich verbessert werden.

Resolution

Solidarisch durch die Krise!

Größere soziale Ausgewogenheit bei Bewältigung von Auswirkungen der Krise

Die Folgen der multiplen Krisen - Pandemie, Energiekrise, Krieg – sind gerade für Menschen, die mit wenig Rente oder Einkommen auskommen mussten und müssen, eine schwere Last. Alles wurde teurer. Gerade ältere Menschen, die in der Energiekrise auf wohlige Wärme verzichtet und überaus sparsam gelebt haben, trugen maßgeblich dazu bei, dass weniger verbraucht und somit ein wichtiger Beitrag zur Versorgungssicherheit geleistet wurde.

Auch wenn die Zeit der hohen Inflation und der exorbitant hohen Energiepreise vorbei ist, werden die Preise für Lebensmittel, Heizung, Strom und Kraftstoff dauerhaft auf einem hohen Niveau verbleiben.

Die Bundespolitik hat mit den Preisbremsen für Energie und Gas sowie Fernwärme viel zu spät und nach dem Gießkannenprinzip gehandelt. Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hat damals vehement Energiepreisbremsen eingefordert. Die Entlastung in Form einer Energiepauschale für Rentnerinnen und Rentner musste erst erstritten werden, auch da war Mecklenburg-Vorpommern ein wesentlicher Antreiber. Die Preisbremsen und die vergünstigte Mehrwertsteuer für Gas liefen zu früh aus und berücksichtigten nicht, dass in Mecklenburg-Vorpommern gerade Strom aufgrund der hohen Netzkosten und auch Fernwärme besonders teuer ist. Und zurecht wird in der Resolution angeprangert, dass diejenigen, die in der Grundversorgung ihrem regionalen Stadtwerk oder Energieunternehmen die Treue hielten und halten, mit hohen Preisen die Zeche zahlen. Diejenigen, die von ihrem Versorgungsunternehmen einst im Stich gelassen wurden und vom Grundversorger aufgenommen werden mussten, sind längst wieder zu Billiganbietern gewechselt und lassen die treuen Kunden die teuer dazugekauften Mengen abzahlen.

Insbesondere Stadtwerke, aber auch andere elementare Einrichtungen der Daseinsvorsorge sowie Wohnungsunternehmen gerieten während der Energiekrise in wirtschaftliche Bedrängnis. Bund und Land legten seinerzeit Härtefallfonds auf. Von den Energiehilfefzahlungen des Bundes profitierten beispielsweise Krankenhäuser, stationäre Pflegeeinrichtungen, soziale Dienstleister in Bundeszuständigkeit sowie Wohnungsunternehmen.

Vom Härtefallfonds des Landes profitierten beispielsweise Schulen in öffentlicher und privater Trägerschaft, Hochschulen, Stadtwerke, soziale Dienstleister in Landeszuständigkeit sowie kleine und mittlere Unternehmen, Freiberufler, Soloselbstständige sowie Kultureinrichtungen.

Die Härtefallfonds federten die hohen Energiekosten ab und sicherten den laufenden Betrieb.

Obwohl der CO₂-Preis erhöht wurde und weiter steigen wird, fehlt noch immer das versprochene Klimageld. Klimageld soll gerade bei sparsamem Verbrauch von Heizenergie und Kraftstoff so angemessen sein, dass nicht nur der CO₂-Preis

kompensiert wird, sondern eine zusätzliche Entlastung bringt. Wer besonders viel verbraucht, soll dagegen draufzahlen. Das würde – wie in der Resolution gefordert – mehr Gerechtigkeit bringen. Wir haben einen entsprechenden Antrag initiiert, aber der Bund hat noch immer nicht geliefert.

Damit Wohnen bezahlbar und bedarfsgerecht ist, unterstützt das Land in diesem und im kommenden Jahr mit dem größten Programm der sozialen Wohnraumförderung seit Jahrzehnten. Es gilt neuen, insbesondere auch barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnraum zu sozialen Mieten zu schaffen. Bestehender Wohnraum ist auf veränderte Wohnbedürfnisse und Haushaltsstrukturen anzupassen und energetisch zu sanieren. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Abbau von Barrieren in der Wohnung und im Wohnumfeld. Die Förderung soll modernisierungsbedingte Mieterhöhungen abfedern.

Eine wirksame Maßnahme zur Entlastung von Wohnkosten ist mit der Wohngeldreform erreicht worden. Es erfolgt endlich eine von uns LINKEN jahrelang geforderte regelmäßige Anpassung an die Kostenentwicklung. Zudem haben nun weit mehr Menschen Anspruch auf Wohngeld, das selbst auch höher ausfällt. Bund und Land teilen sich die Kosten für Wohngeld – noch nie zuvor wurden dafür so viele Mittel bereitgestellt. Gut die Hälfte der Wohngeldbeziehenden in Mecklenburg-Vorpommern sind Rentnerinnen und Rentner. Und viele weitere Haushalte hätten Anspruch, beantragen es aber nicht. Hier gilt es weiter zu appellieren, die Entlastung zu nutzen. Das gilt im Übrigen auch für Grundsicherung im Alter. Diese Leistungen stehen jeder und jedem zu. Das sind keine Almosen, sondern ein verbürgter Anspruch.

Rot-rot hat mit der Einführung des Senientickets, dass mit 20 Euro pro Ticket und Monat aus Landesmitteln unterstützt wird und deutschlandweit nutzbar ist, zumindest dafür gesorgt, dass Mobilität leistbar ist.

Mit der Mobilitätsoffensive des Landes, die wir gestartet haben, fahren mehr Züge, werden nach und nach Regio-Bus-Linien eingeführt und wird jedes Dorf mit Rufbussen angebunden. Die Fahrt zum Arzt, zum Einkauf oder zum Friseur muss ohne Auto machbar sein.

Mit dem Senienticket wollen wir auch die Lebensleistung Älterer anerkennen. Mobil sein sichert Teilhabe. Ein guter Nahverkehr kostet. Wir würden gern schneller vorankommen. Da die Bundesbeteiligung am Deutschlandticket für die Zukunft ungewiss und auch eine massive Erhöhung der Regionalisierungsmittel für die Ausweitung insbesondere des Regionalbahnangebotes nicht in Sicht ist, geht es nur Schritt für Schritt.

Um solidarisch durch die gegenwärtigen Krisen zu kommen und die Bundesrepublik Deutschland und damit auch Mecklenburg-Vorpommern zukunftsfähig gestalten zu können, braucht es insgesamt einen solidarischen Gesellschaftsansatz. Zu diesem gehört auch die Beteiligung aller entsprechend ihres (Leistungs-) Vermögens bei der Finanzierung der Aufgaben, die vor uns allen stehen, angefangen bei der Bildung über die Gesundheitsversorgung, einschließlich der Pflege, die Sicherung der Mobilitätsinfrastruktur oder die Bewältigung des Klimawandels.

Deshalb fordern wir u. a. eine [solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung](#), in die alle einzahlen, inklusive der Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze; die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, die seit 1998 ausgesetzt ist, eine Reform der Erbschaftssteuer, die Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer, eine Millionärssteuer und eine Finanztransaktionssteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe nach dem Vorbild des Lastenausgleichs nach dem Zweiten Weltkrieg.

Ende